

Inwil, 3. Februar 2014

Direktion für Bildung und Kultur
Herr Regierungsrat Stephan Schleiss
Baarerstrasse 19
Postfach 4857
6304 Zug

Vorab per E-Mail an: evelyne.kaiser@zg.ch

Vernehmlassung zur Änderung des Gesetzes über das Dienstverhältnis und die Besoldung der Lehrpersonen an den gemeindlichen Schulen (Lehrpersonalgesetz)

Sehr geehrter Herr Regierungsrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 18. Oktober 2013 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung des Lehrpersonalgesetzes ein. Gerne nehmen wir die Gelegenheit wahr und äussern uns zu uns wichtig erscheinenden Punkten.

Die FDP. Die Liberalen ist gegen jede weitere Reduktion der Unterrichtszeit von Lehrpersonen. Die Entlastung der Lehrpersonen soll durch eine Senkung des administrativen Aufwands erfolgen. Die durch diese Gesetzesanpassung resultierenden Mehrkosten von je CHF 3 Mio. pro Jahr für Gemeinden und Kanton bringen keinen Zusatznutzen, sondern vor allem Zusatzaufwand.

Die FDP.Die Liberalen Zug verlangt, dass Lehrpersonen möglichst viel ihrer Haupttätigkeit - nämlich dem Lehren bzw. dem Unterrichten - nachgehen können. Entsprechend gilt es den administrativen Aufwand zu senken, womit auch keine zusätzliche Lektionenreduktion für weitere Arbeiten ausserhalb des Unterrichts mehr erforderlich sind.

Um die Lehrpersonen zu entlasten, müssen unserer Ansicht nach administrative Arbeiten wie Berichte schreiben, schriftliches Festhalten von Beobachtungen, Rechtfertigen von Unterrichtsmethoden etc. auf ein sinnvolles Minimum reduziert werden und wo trotzdem noch nötig, von Schulhausleitenden übernommen werden.

Dass Klassenlehrpersonen gegenüber den übrigen Lehrpersonen für administrative Arbeiten entlastet werden, ist korrekt. Die bestehende eine Lektion pro Woche sollte aber ausreichen (in der Vorlage sind bis zu 4 Lektionen vorgesehen). Auch diesbezüglich gilt: Entlastungen von Klassenlehrpersonen sind im administrativen Teil anzugehen.

Demzufolge sind für die FDP.Die Liberalen die vorgeschlagenen Änderungen im §6ter des Lehrpersonalgesetzes der falsche Weg, um Lehrpersonen nachhaltig zu entlasten. Denn diese werden dadurch nicht entlastet, sondern die Lehrpersonen bekommen schlicht mehr Zeit, um weitere administrative Arbeiten bei gleichbleibendem Lohn erledigen zu können. Die Administration für die Integrative Sonderschulung sollte unseres Erachtens von den dafür eingesetzten Heilpädagoginnen und Heilpädagogen übernommen werden und nicht den (Klassen-)Lehrpersonen aufgebürdet werden.

Wir sind klar der Meinung, dass nur wenn eine Lehrerin oder Lehrer wieder vermehrt für die Schülerinnen und Schüler da sein und wieder mehr unterrichten kann, der Lehrerberuf wieder attraktiver wird. Mit der angestrebten Reduktion der Lektionenzahl kann dieses Ziel nicht nachhaltig erreicht werden.

Abschliessend danken wir Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und bitten Sie, unsere Überlegungen in die Weiterbearbeitung einzubeziehen. Selbstverständlich behalten wir uns vor, die Details im Rahmen der zu erfolgenden kantonsrätlichen Kommissionsarbeiten noch vertiefter zu diskutieren und allenfalls auch weitere Anpassungen vorzuschlagen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen Zug



Jürg Strub
Präsident



i.V. Birgitt Siegrist
Barbara Strub
Kantonsrätin